

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Fünftäglicher Abonnementpreis 0,75 RM.;
bei jeder Bestellung durch den Bezugs-
ler ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Verhältnisse nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Verbands-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutsch-Branden)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.,
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 1720.

Nr. 27/28.

Berlin, Sonnabend, 12. Juli 1919.

Einundfünfzigster Jahrgang.

An alle Gewerksvereinskollegen und -kolleginnen im ganzen Deutschen Reich!

Der furchtbare Gewaltfrieden, der uns von den feindlichen Mächten zugebracht war, ist zur Wahrheit geworden! Die Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit der Reichsregierung Vollmacht erteilt, diesen Frieden abzuschließen und zu unterzeichnen. Damit werden auch für die deutsche Arbeiterschaft neue Verhältnisse entstehen, deren weittragende Bedeutung sich heute noch nicht übersehen läßt.

Aber eins ist wohl jetzt schon als sicher und klar zu erkennen.

Die Deutschen Gewerksvereine werden jetzt und in der kommenden Zeit erst recht notwendig sein und ihre Wirksamkeit energisch weiterführen müssen, um Zustände zu ermöglichen, die auch der Arbeiterschaft das Leben erträglich machen!

Mehr denn je sind nun alle schaffenden Kräfte im Lande aufeinander angewiesen. Hand und Kopfarbeiter müssen sich gegenseitig ergänzen und achten, wenn aus den Ruinen neues Leben entstehen soll.

Neues Leben brauchen wir aber anstelle alter überlebter Vorurteile und einseitiger Interessenspolitik, dessen Erwedung nun mit besonderer Verantwortlichkeit auch zu den Aufgaben der Arbeiterschaft gehört. Neues Leben, nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten, soll und muß von der deutschen Arbeiterschaft, insbesondere auch von den Deutschen Gewerksvereinen im ganzen Lande gepflegt und gefördert werden. Alter Habitus und Streit muß begangen sein, endgültig bestritten, denn die Lebensmöglichkeiten der gesamten Arbeiterschaft unterliegen von nun ab einer neuen und recht harten Belastungsprobe. Wir können sie nur ertragen und überstehen, wenn wir einig und geschlossen bleiben wie seit 50 Jahren. Nun erst recht!

Das vom letzten Verbandstag, Pfingsten 1919, mit seltener Einmütigkeit beschlossene Programm der Deutschen Gewerksvereine weist uns den Weg hierzu. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen in alter Treue miteinander! Und wenn die Feinde Deutschlands unseren Lande und Volke auch recht viel geraubt haben, den Gewerksvereinsgeist, der in uns allen lebt, können und sollen sie uns nicht erstören!

Er muß lebendig bleiben auch in den Herzen all' der Verbandskollegen und -kolleginnen, die nun durch ein unheilvolles Geschick durch Landesgrenzen von uns getrennt werden sollen. Der Gewerksvereinsgedanke macht vor diesen Grenzen nicht Halt! Dafür bürgt uns die jahrzehntelange Anhänglichkeit und Treue der vielen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die bisher mit uns gemeinsam unsere Ideale verteidigt und unsere Grundzüge vertreten haben. Gemeinsam mit ihnen wollen wir auch in der neuen Zeit unsere Sache verteidigen, die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft im Sinn und Geist unserer Gewerksvereine vertreten und fördern.

Inhalts-Verzeichnis.

An alle Gewerksvereinskollegen und -kolleginnen im ganzen Deutschen Reich! — Der Sozialisierungsgedanke und die deutsche Industrie (Schluß). — 15. Generalversammlung des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands. — Vom 10. deutschen Gewerkschaftstages. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Geschäfts-Anzeigen.

Der Sozialisierungsgedanke und die deutsche Industrie.

Von Professor Adolf Günther, Berlin.
(Schluß)

Wie steht es aber mit dem Wiederaufbau der Industrie auf genossenschaftlicher Grundlage? Diese kann in doppelter Weise gegeben sein. Soweit es sich um die freie Vereinigung der Berufs-genossen aus selbstständiger Organisation der Interessenten handelt, liegt nicht eigentlich ein sozialistischer Gedankengang vor. Selbst wenn es anzunehmen ist, daß der Staat sich in diese Entwicklung einmischt, um sie bestimmten gemeinwirtschaftlichen Grundzügen anzupassen, muß die kapitalistische Grundlogik nicht verlassen, sondern

an der geschäftlichen Entwicklung der Industrie angeknüpft werden. Es ist also ein sozialistisches Experiment nicht gegeben. An anderen Stellen ist Gelegenheit, uns mit Blänen dieser Art, mögen sie von Raketen- oder anderen ausgehen, auseinander zu setzen. Hier, wo es sich um die Grenzziehung zwischen Kapitalismus und Sozialismus handelt, steht nur jene genossenschaftliche Durchdringung des Industriesystems zur Bewahrung, die mehr und mehr von der kapitalistischen Basis abführt, die mindestens den Zwangscharakter mit der eigentlichen sozialistischen Forderung gemein hat. Am Wege liegt hier gewissermaßen die populärste Form einer Sozialisierung, die Unternehmung des Arbeiters. Die nicht zahlreichen Beispiele einer Verbindung von kapitalistischen und produktivgenossenschaftlichen Unternehmungsformen (s. B. C. Zeiß, Jena) knüpfen fast alle an Spezialinstitute größter Leistungsfähigkeit, nicht selten sogar an eine monopolartige Stellung an. Man kann also ihre sozialpolitischen Leistungen schwerlich verallgemeinern. Auch die Gewinnbeteiligung von Angestellten und Arbeitern, die auf den ersten Blick beiträgt und manchen

die Lösung der sozialen Frage und des Widerstreits zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu sein scheint, hat bisher nirgends eine unbedingte Bewährung gefunden. Tollends muß gerade der zielichere sozialistische Blick jede isolierte Sozialisierung einzelner Unternehmungen vor allem einer solchen durch die eigenen Arbeitskräfte grundätzlich ablehnen.

Was läßt dabei heraus? Eine Zeitlang scheint die Maschinenriehe dieses „sozialisierten“ Betriebes zu funktionieren, zumal wenn noch stille Reserven und Kriegsgewinne vorhanden sind. Da — im Sinne früherer Ausführungen — die Unternehmerfähigkeit im Krieg einfacher und freier vom Risiko sich abspielt als vorher, scheint der Unternehmer selbst fürs erste entbehrlich zu sein. Man läßt ihn einfach spazieren gehen. Benötigt es aber noch einer Ausführung, daß schon die erneute Umstellung auf Friedensaufgaben des Zugriffs und der Unterordnung bedarf, geschweige denn die so sehr schwierige Anpassung an die neue Kostens- und Marktlage? Wie dann, wenn an Stelle eines Gewinnverlustes zu suchen ist, in den sich fittiggemäß die Arbeiter teilen müßten? Die Reichsregierung ist

An Euch, Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr einem brutalen Zwange der Gegner unseres Vaterlandes zufolge für jetzt von unserem Lande abgetrennt und der Fremdherrschaft überantwortet werden sollt, an Euch richten wir die laute Mahnung:

„Bleibt unserer Sache treu!“

Haltet fest an Euren Mitbestimmungsrecht als Arbeiter, reißt die durch jahrzehntelange Fremdherrschaft verichtungenen Bande nicht auseinander und wahrt die Verbindung mit Euren Kollegen und Kolleginnen im deutschen Vaterlande für jetzt und für alle Zukunft.

Treue um Treue! Vertrauen um Vertrauen!

Und Euch Gewerksvereinern in allen Gauen der alten Heimat, Euch erwächst nun die doppelte Pflicht, unserer Gewerksvereinsorganisation Führer und Lehrer zu sein und die Verbindung mit den von unserem Lande abgetrennten Brüdern und Schwestern mit aller Kraft aufrecht zu erhalten. Deutsche Brüder und Schwestern verlassen einander nicht! Not und Bedrängnis führt sie nur enger aneinander. Die Zeit wird und muß kommen, die uns wieder eurer vereint, Freiheit und Lüge können nicht ewig dauern. Jetzt müssen wir gemeinsam den Kampf führen gegen den internationalen, den fremd lässlichen Kapitalismus und gegen die Fremdherrschaft. Wir wollen diesen Kampf gemeinsam aufnehmen und durchführen, damit unserer sturm-erprobten Arbeiterschaft ihr Recht in der kommenden Zeit zuteil wird, trotz aller Schwierigkeiten, die uns sicher in den Weg treten werden. Wir werden in Ewigkeit und Treue diesen harten Kampf ausfechten; der Sieg wird unser sein, wenn wir ewig und geschlossen sind.

Es leben die Deutschen Gewerksvereine!

Das sei der Ruf zum Sammeln für Alle, denen es Ernst mit der Sache der Arbeiterschaft ist und die auf dem Boden freierwilliger nationaler Grundzüge stehen. Neugezogene Landesgrenzen können Völkergemeinschaften nicht trennen; sie können auch das Zusammengehörigkeitsgefühl gleichgesinnter Männer und Frauen nicht zerstören. Was jahrzehntelange Arbeit in treuer Gemeinschaft aufgebaut hat, das kann und darf durch fremde Eingriffe nicht zerrümmert werden.

Gewerksvereinern in allen Gauen des deutschen Reiches und darüber hinaus, in Ost und West, Nord und Süd, bleib Eurer Sache treu; die Euch bisher Schur bot und die auch in der Zukunft der rechte Halt für die Arbeiterschaft sein wird.

Der geschäftsführende Ausschuss
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender.

in der Beantwortung zu Art. 14, der das Mächtigste in der Vertikalaufstellung sein soll, mit voller Entschiedenheit über die Sozialisierung im erwünschten Sinne entgegengesetzt. Es bedarf zentraler Vertikalaufstellung auch in allen sozialen Fragen. Die Organisations der Arbeiter und Arbeiternehmer und hierfür zuständig und die Gewerbetätigen mit einer (gleichlich untergeordnete) Rolle im Lohnsystem freieren. Sie ist kein Gebel, dessen sich die Sozialisierung bedienen könnte. Auch von einer hin und wieder im Arbeiterinteresse gewordenen Verkleinerung des Nominalbetrags der Aktien hat sich die Sozialisierung nichts zu versprechen. Das folgt schon aus der Ausführung, die oben über die Zerschlagung von Besitz und Vertikalaufstellung der Unternehmungen gemacht wurde. Was hätten die Arbeiter und schließlich davon, wenn sie als Lohnempfänger und als Aktionäre Unternehmungen gegenüber stehen würden?

Zwar die Solidität des Proletariats, die der Sozialismus mit Recht unter allen Umständen wahren will, erhebt sich nicht

Der sozialökonomische Gedanke bleibt in seiner dem Kleinbetriebe angepaßten Zuhilfenahme unbedeutend. Er greift aus sich heraus auch wirtschaftliche Unternehmungen, die aber doch in ihrem Wirtschaftskreis befristet sind und die grundsätzlich anders zu beurteilen sind als die gleichartigen Betriebe innerhalb der Großindustrie. Mit Willbrandt von hier aus eine sozialökonomische Wandlung des gesamten Wirtschaftsbildes zu erwarten, geht übermäßig an. So bleibt als Ergebnis der bisherigen Ausführungen ein Tolpatsch bestehen:

Überführung von Monopolunternehmungen (des Verabes) in die so wenig ein Anstuf der fortschrittlichen Zimmern unterer Zeit, wie der Ausbau des Gemeinwirtschaftsgeistes innerhalb der Kleinbetriebe ein eigentlich sozialökonomisches Ergebnis enthält. Erst, wenn der Sozialismus auf die Zuhilfenahme der Industrie im eigentlichen Sinne übergehen würde, könnte von Sozialökonomie die Rede sein. Den Verabau und das Kapitalverhältnis haben wir aber nicht im Sinne, wenn wir von Industrie sprechen wie den Betrieb des Wäfers und des Fleckers. Schon die Gewerbetätigkeit macht zureichende Unterschiede. Nur in der Industrie und vor allem das mit dem Weltmarkt verbundene, teilweise auf fremde Rohstoffe angewiesene, hochqualifizierte Arbeitskräfte bedingende Weiterverarbeitungs- und Veredelungsbetriebe. Hier liegen die Erzeugnisse und Marktwirtschaft nicht so einfach wie beim Verabau. Der aus von diesem Standpunkt die Veredelungsindustrie erdacht, die als Überführung in wirtschaftlichen Betrieb aus dem gleichen Grund theoretisch auch beim Wäfer und Flecker möglich ist.

Treten wir hier, um die Möglichkeit einer Sozialökonomie zu prüfen, eine Unterabteilung in Konzentration und auch schon eine gewisse monopolistische Voraussetzungen gegen haben (demische Industrie), und solchen, die mehr isoliert stehen und ihre Aufgabe vornehmlich in Spezialität und weitergehender Anweisung an den Markt (indem Maschinenindustrie, soweit nicht mit Hilfe und Hilfe verbunden), zu prüfen. Am ersten soll sich die Gemeinwirtschaftliche Grundlage für die Wirtschaft zeigen, die schon den Verabau geheimer Erfindungen fanden, und es fragt sich nur, ob der gegenwärtige Zustand den sozialökonomischen Zustand in diesem Maße gestattet, wie das vor dem Kriege der Fall gewesen wäre. Zur zweiten Stelle ist der Abstand zwischen kapitalistischer Tätigkeit und sozialistischer Erwartung von vornherein ein viel größerer, er ist sogar so groß, daß für die Gesamtheit eine Sozialökonomie bereits technisch vielfach als ausge-schlossen gelten muß. Aber auch gegenüber den Unternehmungen der ersten Art sind Bedenken rein sozialer Natur vorhanden, die jeder unbesonnenen Schritt verbieten. Vor allem: Was ist es, das mit und in einer Unternehmung heute sozialisiert wird? Das sind, reichliche Kapital zunächst, das, infolge der Kriegsgewinne, abgeschrieben, Gebäude, Anlagen, Werkzeuge mit 1 Mark im Werte stehend, dann durch die Lohnauszahlung der Hebergewinnzeit sehr stark gemindert, bares Geld, und schon weniger greifbar Forderungen und Guthaben. Daneben aber auch Verpflichtungen aller Art, die z. T. erst nach erfolgter Umstellung auf den Friedensbetrieb in Erscheinung treten werden. Reparaturen, Abschreibungen, Rohstofferneuerung.

Etwas was die Unternehmung früher als besonders wertvollen Besitz bezeichnete, ist im Kriege und in der Revolution vielfach verflüchtigt; die Verfügung über einen zuverlässigen, eingearbeiteten wohl auch mit den Berken innerlich verbundenen Angestellten- und Arbeiterstamm.

Dazu Patente und sorgfältig gehütete Betriebsgeheimnisse, die aber heute oft genau im feindlichen Ausland bekannt sind. Darüber hinaus ist nicht mehr viel. Dies alles könnte ohne allzu große technische Schwierigkeiten sozialisiert werden. Aber es begreift das nicht in sich, was wir unter einer Unternehmung verstehen. Außerhalb steht besonders der Kredit, der „alte Kaufmannswechsel“ Barburgs, den der Staat mindestens in seiner heutigen Kreditwürdigkeit niemals erziehen kann. Dazu die Summe von persönlichen und sachlichen Beziehungen, die den Unternehmer mit Lieferanten und Abnehmern verbinden, die auch heute noch ins neutrale und selbst ins feindliche Ausland hinüberziehen. Schließlich technische, kaufmännische Vorzüge, die durch Sozialisierung nicht ohne weiteres übernommen werden können. Kurz, die ganze immanente Zukunftsentwicklung der Unternehmung, die Summe bearbeiteter Erwartungen und Hoffnungen, die auf Wiederaufnahme der alten Friedensarbeit gelehrt werden können. Würde man sie heute, wo sie nur latent (schlummernd) vorhanden sind, zu entwickeln unternehmen, so müßte der Staat eine unübersehbare Last auf sich nehmen und hätte nichts dafür. Es gilt daher zu überlegen, was dem, was dem Staat die Abnahme unterliegt, und dem vielfach Ideellen, was abstrakt liegen bleiben würde. Und gerade eine Entwicklung, die sich gegen die Modernisierung des kapitalistischen Systems stemmt, müßte dies alles lassen.

Wir greifen zum Ausgangspunkt zurück und betonen, daß das Sozialökonomieproblem eine harte und mühsame Augenheilmittel enthält. Wohl mag eine sozialökonomische sehr entschieden beeinflusste privatwirtschaftliche Entwicklung sich innerhalb der eigentlichen Industrie mit der Zeit von selbst gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte angehen, das wäre aber nicht das Ergebnis einer Sozialökonomie. Nur diese gilt es zu prüfen, ob sie selbst schließlich tätig war und die Triebkräfte des Kapitalismus ersetzen könnte. Sie mag sich dabei in einem früher erwähnten Sinne gewisse Unternehmerfunktionen zu erhalten und so einem zu drohenden Hebergang aus einem System ins andere zu steuern verhüten. Aber es scheint, daß schon die Monopolunternehmungen, vor allem der Verabau, genug Gelegenheit und hinreichend Risiko für derartige experimentell zu schaffende Zwischenstufen zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft darbieten.

Innerhalb der eigentlichen Industrie müßte demgegenüber wieder eine Annäherung an den hochkapitalistischen Zustand vor dem Kriege erfolgt sein, bevor der Sozialismus verstanden könnte, als Erbe (und, wie man hinzufügen darf, als Schüler) des vorgelagerten Systems seine Aufgabe zu erledigen.

Einstweilen müßte das Kapital mindestens den Vorkurs zu erhalten, ungestört weiter zu arbeiten, gleichgültig, wenn einmal die Ärschide in den Schoß fallen. Aber die Entscheidung hierfür müßte reich fallen, solange noch Kapital und Unternehmungsgewalt vorhanden ist.

15. Generalversammlung des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Die Wohl der aufrechten Stadt Augsburg als Tagungsort für die 15. Generalversammlung des Gewerkevereins der Holzarbeiter ist eine sehr glückliche gewesen. Die vielfachen Einbürgerungsmöglichkeiten boten einen guten Anknüpfungspunkt. Die sehr rühmliche Vorbereitungsarbeit der Augsburger Kollegen für den Empfang der Delegierten eine außerordentliche Bedeutung für die Verhandlungen. Die zeitigen, klaren Verkehrsverhältnisse konnten zwar den zeitweiligen Zutritt der Vorversammlung am 20. Juni, nicht aber die Erledigung der Arbeiten der Generalversammlung selbst verhindern, wenngleich zwei Abgeordnete infolge des Einbürgerungstreits für Mandat nicht ausüben konnten. Die Würdige, dem Geist der Zeit angepasste Begrüßungsfeier zeigte deutlich die Begeisterung der Augsburger Kollegen für die Gewerkevereinsidee. Sie wurde durch gut vorbereitete eigene innere Dichtungen des Kollegen Koblner vom Ortsverein der Holzarbeiter, eines modernen Hans Sachs des Tischlerhandwerks, veredelt. Allen Abgeordneten, ebenso wie dem Schreiber dieses Berichtes wird die Begrüßungsfeier unvergesslich bleiben!

Die Verhandlungen begannen am Montag, den 30. Juni. Sie fanden statt im Tagungslokal der Augsburger Gewerkevereine im „Kaffee Prohibitor“, das während der ganzen Tagung wegen der

guten Verpflegung seitens der „Bergermutter“ zum Tagungsquartier der Abgeordneten wurde. Die Vorberatung wurde eröffnet und geleitet durch den Hauptvorsitzenden Kollegen Schumacher, der auf die schwere und unsichere Zeit hinwies, die durch die Rücksicht und Beistieg der Feinde herbeigeführt und durch den Umstand eines Teils der Bevölkerung noch ungünstiger gestaltet würde. Ein voraussehendes Ausbauen sei deshalb auch für die Generalversammlung sehr wichtig. Redner gedachte der zahlreichen Opfer des Krieges aus den Reihen des Gewerkevereins. Nicht nur der Kampf an der Front hat dem Gewerkeverein manchen tüchtigen Kollegen entzogen, auch in der Heimat hat der Tod infolge der Hungerplöcke zahlreiche Opfer gefordert. Die Generalversammlung ehre das Andenken der Verstorbenen in entsprechender Weise.

Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten wurden die Kollegen Schumacher, Berlin und Maerodt, Schmitt, als Beisitzer; Berger, Tenzel, zu Schriftführern; Tempel, Berlin und Rösch, Ansbach, als Protokollführer; funzierte Kollege Kust, Berlin, als Mitationsleiter; wählten die Kollegen Barnholt, Elm und Daun, Eberfeld und Reit, Berlin als Hauptreferenten der Verhandlungen bei der Verbandstagung. Der Verbandssekretär Kust, Berlin erkrankt. Zur Vorberatung einzelner wichtiger Fragen wurden Kommissionen gewählt.

Den Tätigkeitsbericht für die Periode 1914-1918 erstattete Kollege Schumacher, Berlin. Der gedruckt vorliegende Bericht, der infolge der hohen Druckkosten nur in knappen Zügen die Tätigkeit des Gewerkevereins zum Ausdruck brachte, wurde durch den Referenten mündlich wirksam ergänzt. Der Redner registrierte zunächst die wichtigsten Beschlüsse des Hauptverbandes, der infolge der bewegten Verhältnisse und durch die Mitarbeit der Gewerkevereine in der Regelung der wirtschaftlichen Fragen während und nach der Kriegszeit ein reiches Maß von Arbeit zu leisten hatte. Diese Arbeit wurde ebenso wie die verteilten Verhältnisse eine Gründung der Beiträge und die Einrichtung weiterer freiwilliger Beitragsstufen notwendig. Der ungeladene Sozialismus weite Kreise der Arbeiterschaft, Parteierbitterung und Unabundanz; haben oftmals den besten Willen der Arbeiter von mühsamer Arbeit im Interesse der Mitabnehmer verdrängt, ist, stark behindert. Trotzdem hat sich der Gewerkevereinsgedanke auch in dieser bewegten Zeit behauptet. Die durch den Tod erlittenen Schäden konnten durch erfreulichen Mitgliederzuwachs numerisch reichlich ausgeglichen werden. Nur müßte durch Heranbildung geplanter Mitarbeiter das Bestreben, selbst Führer zu sein, verstärkt werden. Selbstständigkeit vieler Einzelner bedingt die Autokratie.

Der Kassenbericht zeigte ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl auf 6182 und eine ganz erhebliche Steigerung des Bestandes des Gewerkevereins auf insgesamt 177.670,98 M. einschließlich der Bestände der Lokalkassen trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse. An Streifen, Arbeitslosen und sonstigen Unterhaltungen wurden 196.976,25 Mark in der Berichtsperiode ausbezahlt. Die große Arbeitslosigkeit bei Kriegsende wogung zu einer zeitweiligen Verabreichung der Unterhaltungsätze als Vorbeugungsmaßnahme gegen die Verarmung der Organisations. Erst die letzten Jahre haben eine Gebührende der Mitabnehmer gebracht, trotzdem alle Ausgaben der Verwaltung zum erheblichen stehen.

Den Bericht der Hauptreferenten erstattete Reich, der namentlich die zeitweilige Tätigkeit der Beamten lobend anerkannte. Die Arbeit in der Kriegszeit unter den schwierigsten Verhältnissen allen Anforderungen gerecht geworden. In der einbrechenden Aussprache wurde die Tätigkeit der führenden Kollegen gleichfalls anerkannt. Die in Arbeit stehenden Kollegen befristeten übereinstimmend die Anstellung weiterer Agitationsbeamten. Diese und die Erziehung der Mitarbeiter zur Kleinarbeit kann allein ein Abwehrmittel gegen den Terror, den größten Schandfleck im freireichlichen Deutschland, bilden. Alle Redner brachten den ersten Willen, nützliche, produktive Arbeit für den Ausbau der Organisation und dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu leisten, deutlich zum Ausdruck. Auch der Verbandsreferent beteiligte sich an der Diskussion unter Hinweis auf die Beschlüsse des Verbandstages unter Anerkennung der regen Tätigkeit namentlich des Kollegen Schumacher, Rüdigerstätigkeit und offen zum Ausdruck kommende Hebergewinnstreu sind das wirksamste

Mittel gegen den Terrorismus: Dabei müßten alle Gewerkevereinskollegen ohne Unterschied der Berufsangehörigkeit in gleichmäßiger Einigkeit zusammenstehen. Nach einem wirkungsvollen Schlußwort des Referenten, wobei derselbe auch die Lehrlingsfrage und die Jugendbewegung in den Kreis seiner Betrachtungen zog, wurde den geschäftsführenden Beamten einstimmig Entlastung erteilt.

Ueber die Lohn- und Tarifbewegung im Holzgewerbe referierte ebenfalls Kollege Schumacher. In einem besonderen Abschnitt sind die zahlreichen Verhandlungen zur Verbesserung fester und geordneter Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in vielen Fällen durch Vermittlung der Reichs- und Staatsbehörden zu Vereinbarungen führten, ausführlich geschildert. Das Streben der Arbeitgeberorganisationen, ein einheitliches Ablaufen aller Tarifverträge im Holzgewerbe herbeizuführen, konnte verhindert werden. Durch Vereinbarung von Zuschlägen konnte einigermaßen der verteuerten Lebensverhältnisse als Ergänzung zu den Tarifverträgen Rechnung getragen werden. Auch die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen wurde im Bericht als zweckmäßig und notwendig anerkannt. Trotzdem sind einzelne Lohnkämpfe entbrannt. Teilweise waren sie zurückzuführen auf das geringe Entgeltkommen der Arbeitgeber, in vereinzelten Fällen auch auf den Abschlusssinnus politischer Tendenzen. Der Redner schilderte solche Ausstände, in denen z. B. in Berlin nach längerem Streik nur die Vorteile erreicht wurden, die durch den Streichspruch schon vor dem Streik gegeben wurden. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter müsse zur vollen Ausnutzung aller Schlichtungsmaßnahmen führen. Die Arbeiter dürfen sich nicht durch Behauptungen zur Disziplinlosigkeit führen lassen. Der Streik muß das letzte Mittel bleiben. Nur dann ist auf einen Reichstags in kürzester Zeit zu hoffen. Trotzdem müsse die Organisation gerüstet sein. Die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die Lohnhöhe sei noch nicht zu übersehen. Deshalb keine Unbelohnungen, damit die Vernunft siege. Auch über diesen Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte, die sich einstimmig gegen die politischen Streiks aussprach.

Ueber Organisation und Agitation sprach Kollege Barnholt. Um dann in einem Vortrag, in welchem der Aufbau unserer Organisation eingehend geschildert und praktische Anweisungen für die Agitation gegeben wurden, die sich auf ein funktionierendes Vertrauensministerium aufbauen müsse. Das durch den Verbandstag revidierte Programm der Deutschen Gewerkschaften, das der Reichstag erörtert, biete die Grundlagen dazu. Eine Erziehung zum Idealismus sei vorzunehmen, die den Egoismus ablöse, dadurch werde auch der Materialismus umgewandelt, der nur durch die geistlichen Hoffnungen auf die Verwirklichung des Sozialismus entstanden ist.

Die Anträge zum Organ beirath gleichfalls Kollege Barnholt. Um in seiner Eigenschaft als Redakteur. Um wurde volle Anerkennung für seine Tätigkeit ausgesprochen. Die „Eide“ soll möglichst bald als Akt Tadel und mit Beginn des nächsten Jahres in einem handlicheren Format erscheinen.

Die Anträge zum Gewerkevereinstatut, über die Kollege Volkmann, Berlin und Tann-Elshertel referierten, fanden statt. Die ausstehenden Hauptvorstandsmitglieder sollen einen verstärkten Einfluß auf die Verwaltung erhalten.

Größere Auseinandersetzungen brachte die Beitrags- und Unterstützungsfrage, für die Volkmann, Berlin und Tann-Elshertel Bericht erstatteten. Namentlich die Einführung der Gewerkschaften unter Führung der Arbeiter führte zu lebhafter, aber sachlich gehaltener Debatte, in der das Für und Wider eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis war, daß sich die Generalversammlung für die Einführung dieser Unterstützung aussprach. Die Beiträge wurden für die 6 Lohnklassen des allgemeinen Reichstags auf 70-120 Pfg. pro Woche festgesetzt und die Gewährung von Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung auf die Dauer von 10 Wochen in einer Abtheilung nach den Beitragsklassen und der Mitgliedsdauer beschlossen. Die Streifenunterstützung ist gleichfalls erhöht worden und das ganze Unterstützungsweien den neugeschaffenen Verhältnissen angepaßt. Den gesamten Hauptvorstand wurde das Recht gegeben, etwa entstehende Schwierigkeiten, die sich in der Praxis zeigen, auszugleichen und zu beseitigen.

In der Krankenkasse, deren Mitglieder seit den Mitteilungen früher zur Bildung gemacht werden soll, wurden die Beiträge auf 20-70 Pfg. und die Unterstützungsätze auf 0,60-2,15 Mfr. pro Tag in Krankheitsfällen und das Sterbegeld auf 30-95 Mfr. festgesetzt. Die Krankenunterstützungen betragen in der Berichtsperiode 148 150,30 Mfr., die Sterbegelder 17 020 Mfr.

Zum Hauptvorliegenden wurde Kollege Schumacher einstimmig wiedergewählt, ebenso Kollege Volkmann zum Hauptgeschäftsführer. Als Bezirksleiter wurden gewählt die Kollegen Barnholt, Tann und Renner, dem ersteren wurde gleichzeitig die Redaktion der „Eide“ übertragen. Die Wahl des vierten neuzuwählenden Agitationsbeamten, der für den Osten bestimmt ist, wurde dem Hauptvorstand übertragen. Das Gehalt der Beamten wurde entsprechend den Verhältnissen aufbereitet und die Tätigkeitsfrage in Rücksicht auf die Pensionen geregelt. In den üblichen Schlussansprachen sprach dann am Freitag, den 4. Juli, die Sitzung geschlossen werden. Eine Schlußfeier, veranstaltet vom Ortsverein der Holzarbeiter Augsburg, zu der sich die Mitglieder mit ihren Familien sowie die Verbandsgenossen zahlreich eingefunden hatten und in welcher Kollege Schumacher einen Vortrag über die Wünsche der Generalversammlung hielt, machte den Delegierten einschließlich des Verbandvertreter das Scheiden aus dem gastlichen Ausbaur nur noch schwerer.

Vom 10. deutschen Gewerkschafts-Longreg.

Dem Rheinberg Gewerkschafts-Longreg, der in der Woche vom 29. Juni bis 5. Juli stattfand, wurde allseits mit größter Spannung entgegengekommen, einmal wegen der Tagesordnung, dann aber auch, weil man sich sagen mußte, daß die schwersten Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergehen konnten. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung mit politischen Tendenzen mußte sich zeigen, und es ist bezeichnend, daß aus dieser Erkenntnis heraus der Reichstagsbericht der Generalkommission erklärt: „Es bleibt den Gewerkschaften nichts anderes übrig, als bis zu dem Zeitpunkt, der wieder eine einheitliche sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland bringen wird, von jeder Vereinbarung mit einer der sozialdemokratischen Parteien abzusehen und die in Rommheim getroffene zu lösen.“

Die auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Rommheim 1906 getroffene Vereinbarung besahe u. a.:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Tuns und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den friedlichen Fortschritt des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher nicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu verstehen.“

Es ist jetzt mehrere sozialdemokratische Parteien nicht, mußte der Fall sein werden. Der Not beherrschend, nicht dem eigenen Triebe, Sozialdemokratisch bleiben die „freien“ Gewerkschaften doch. Sie erklären sich nur nicht für eine bestimmte Richtung, um deshalb in alles Obere über Neutralität eitel Sambung.

Die Stärke der Opposition, die sich schon gleich bei der Bürowahl bemerkbar machte, kam ziffernmäßig zum Ausdruck bei dem Vertrauensvotum, das im Hinblick auf den Tätigkeitsbericht der Generalkommission ausgesprochen wurde. Dafür wurden 445, dagegen 179 Stimmen abgegeben. Die Ja-Stimmen betragen 3.407,33 Stimmen, die Gegner 1.483,799. Die Generalversammlung setzte sich in der Hauptphase zum ersten aus Sondlungsgewählten, Zeitungsarbeitern und Metallarbeitern. Von letzteren stimmten 73 Vertreter für und 64 gegen das Vertrauensvotum. Jedenfalls läßt die Tatsache, daß beinahe ein Drittel der vertretenen Stimmen das Vertrauensvotum ablehnten, erkennen, welche starke Wirkung die politischen Gegensätze auch auf die Gewerkschaftsbewegung ausgeübt haben.

Dementsprechend planten natürlich auch die Meinungen oft hart auseinander, u. a. auch, als Gegenden die Maßregelung von Gewerkschaftsbeamten wegen politischer Gesinnung als tragischste Kapitel der Gewerkschaftsgeschichte bezeichnet. Freiber, so führte er aus, erhob sich die ganze Arbeiterschaft gegen solche Maßregelungen, und viele Kreise des Bürgerstums trafen ihr bei. Jahrelang habe die Arbeiterschaft für die freie Meinungsäußerung gekämpft; jetzt müssen wir uns schämen, daß Jehnntende Mitglieder der Organisationen zustimmen, wenn Beamte ent-

lassen werden wegen ihrer politischen Gesinnung. Beamte deren Lebensarbeit der Dient für die Organisation war. Und das geschieht, nachdem die Revolution das Recht der freien Meinungsäußerung gesichert hat. Der Bericht verdeutlicht hier „minutenlange stürmische Zustimmung“. Das ist gewiß erfreulich. Aber die Beifallstöße sind hoffentlich für die Zukunft nicht engherzig und räumen das Recht der freien Meinung und Uebereinstimmung nicht nur den Beamten, sondern allen Arbeitern ein, auch den Andersorganisierten, den Gewerkevereinsmitgliedern. Es sich eine Maßregelung, d. h. Entlassung wegen der politischen Gesinnung gegen einen Gewerkschaftsbeamten oder ein einfaches Gewerkevereinsmitglied richtet, das ist doch schließlich Tadel wie Gese. Trotzdem wollen wir nicht zu hoffen, daß künftig sich eine stärkere Toleranz in den freien Gewerkschaften durchsetzen wird.

Wir haben weder Raum, noch Veranlassung auf die einzelnen Verhandlungsgeschäfte hier näher einzugehen. Für die Arbeiterschaft der industriellen und gewerblichen Arbeiter und Arbeitgeber fand sich eine starke Mehlheit. Für das von den Unabhängigen propagierte Rätekystem bestand wenig Zustimmung, so sehr sich auch der bekannte „Leichenmüller“ dafür ins Zeug legte. Sehr beachtenswert war das sehr gründliche und vielleicht deshalb sehr vorurteillose Material Ubbrechts über die Sozialisierung der Industrie. Auch sein Korreferent, der Unabhängige Dr. Hilferding zeigte sich außerordentlich gründlich. Der kommunistische zweite Korreferent Hedert-Grennig hatte sich vorher aus dem Saale gemacht. Die „wilden Streiks“ fanden scharfe Beurteilung, und auch der Eisenbahnerstreik erhielt eine deutliche Abgabe.

Auch die lebhaft umstrittene Frage: „Ereignis- oder Betriebsorganisation“ wurde entschieden, und zwar in dem Sinne, daß die bisherige Form der Berufs- und Industrieorganisation aufrechterhalten bleiben soll.

Eine Änderung in der Organisation, die im Grunde genommen aber nur äußerlicher Art ist, wurde insofern vorgenommen, als der Name (Generalkommission) beibehalten und dafür der Name „Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund“ angenommen wurde. Zum Vorsitzenden wurde Legien gewählt zu seinem Stellvertreter (Grahamann) (Rudolf) und Gohmann (Metallarbeiter); Kassiere: Blöbe; Kasse: Redakteur des Korrespondenzblatt: Ubbrecht. Die sonstige Zusammenensetzung des Vorstandes läßt deutlich die Fortschrittlichkeit der gewählten Richtung erkennen.

Am letzten Verhandlungstage war der größte Teil der Tagesordnung noch un erledigt. Verschiedene Punkte wurden abgelehnt oder dem Vorstände zur Erledigung überlassen, der sich durch einfache Beschlußfassung absetzt. In den üblichen Schlussworten wurde vornehmlich mit dem Programm hervorgehoben, daß es trotz größter Meinungsverschiedenheiten gelungen ist, die Einheitlichkeit hochzuhalten. Wesentlich ist, die weiteren Organische, diese Erwartungen nicht zu lassen. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft läge es jedenfalls nicht, wenn sich eine neue, „revolutionäre“ Richtung aufstie, deren Fortschreiten es naturgemäß wäre vor allem die andern Richtungen zu bekämpfen. Von Friederichsünden haben die deutschen Arbeiter gerade genug.

Allgemeine Rundschau

Freitag, den 11. Juli 1910.

Das Protokoll vom Verbandstage befindet sich bereits im Druck und wird nach Fertigstellung sofort verhandelt werden. Sein Inhalt ist diesmal besonders reich. Die Materie über Sozialisierung, Arbeitslosenversicherung und Arbeiterrechte sind ausführlich darin wiedergegeben. Auch die Verhandlungen über den Tätigkeitsbericht und das Programm der Deutschen Gewerkschaften werden allgemeines Interesse erwecken.

Es darf angenommen werden, daß die Nachfrage nach dem Verbandsstagesprotokoll diesmal ganz besonders groß sein wird. Wegen der Höhe der Druckkosten ist es aber wünschenswert, die Auflage dem Bedarfe möglichst anzupassen. Deshalb eruchen wir die Ortsverbände und Ortsvereine uns schon jetzt mitzutheilen, wieviele Exemplare sie wünschen. Der Preis für das Protokoll beträgt 2 Mfr. Bestellungen sind an die Adresse des Kollegen R. L. in, Berlin N.O. 35, Geseßwalderstr. 221-23, unter gleichzeitiger Bestätigung des Betrages zu richten.

Begen mangelhafter Aufstellung des Verbandes ergans sind auch im abgelaufenen Vierteljahr noch viel zu viel Beschwerden eingegangen. Es hat aber keinen Zweck, sich erst am Ende des Quartals zu beschäftigen, sondern wir müssen, wenn wieder Grund zur Klage vorhanden ist, dringend darum erlauben, gleich beim Ausbleiben der ersten Nummer im neuen Quartal beim Vorträger bzw. dem zuständigen Vorstand danach zu fragen und uns, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, Mitteilung zu machen.

Änderungen der Empfänger-Adressen für das neue Vierteljahr können jetzt von hier aus nicht mehr vorgenommen werden. Wenn ein Empfänger am Orte seine Wohnung ändert, so kann er dies jedoch dem Vorstand melden und die Sendung an die neue Adresse bestellen.

Der Zentralrat nahm in seiner Sitzung am 27. Juni den Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden über den Verbandstag entgegen. Der Referent gab einen kurzen Überblick über die Verhandlungen und übermittelte die Anträge, die der Verbandstag dem Zentralrat überreichte hat. Die von ihm gemachten Vorschläge zur Gründung fanden allgemeine Zustimmung. Von der Verabschiedung der gehaltenen Vorträge im Protokollteil sind nach den angegebenen Stellen Abhandlungen benannt worden. Die Vorträge sollen auch dies noch nicht abgelaufen im Ausgange im Sonderorgan veröffentlicht werden.

Zur Zeit der Sitzung bildeten Mitglieder des Reichs, des Landes und des Vereins aus den amtierenden Mitgliedern, die den Zentralrat zu besetzen soll, wurde in einer Beschlusse Sitzung der Zentralrat und der Sonderorgane über die Zukunft der Selbstverwaltung abgehandelt.

Eisenbahnstreiks. Als ob die Not des deutschen Volkes noch nicht groß wäre, wird unter Verhören in den letzten Wochen dauernd durch Streiks der Eisenbahner gekennzeichnet. Die nicht nur für unter ohnehin schon jammervollenden Wirtschaftswesen sondern auch für die Volksernährung eine verhängnisvolle Gefahr bedeuten. Bald hier, bald dort erhebt sich eine Streikwelle. Die nur scheinbar auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen ist, bei näherer Prüfung vielmehr den politischen Hintergrund deutlich erkennen läßt. Daran kann und durch noch zu entscheidende Ablesungen nichts geändert werden, und deshalb haben auch die Organisationsleitungen die Streiks entschieden ablehnend und ihnen die Anerkennung verweigert.

Die letzte Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt in Berlin und irrgang zunächst auf Schließung über. Nach Verhandlungen mit dem Ministerium sind die Arbeiter schließlich wieder an ihre Arbeitsstellen zurückgekehrt, und auch die Beamten, die sich ihnen angeschlossen hatten, haben ihren Dienst wieder angetreten. Ein neuer Streikherd entzündet in Frankfurt a. Main, wo indessen nach den neuesten vorliegenden Meldungen der Betrieb inzwischen auch wieder aufgenommen worden ist. Dann ging es in Hannover los, wo zur Zeit die Bewegung noch andauert.

Der Nährboden für diese „wilden Streiks“ bilden die herrschenden Teuerungsvhältnisse. Die Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel sind immer mehr steigen und haben eine Höhe erreicht, daß sie trotz der sehr erheblichen Lohnrückstellungen von den Arbeitern kaum noch bestritten werden konnten. Es wurden deshalb weitere Lohnzulagen und außerdem einmalige Wirtschaftsbeteiligungen verlangt. Nun liegt aber unter Verhören völlig darnieder. Bei dem jetzigen Stande fallen nicht nur die früheren sozialen Überbühler fort, sondern ein in die Milliarden gehendes Defizit ist vorhanden. Würden die jetzt aufgestellten Forderungen bewilligt werden, so würde sich der Rohbetrog in einem Jahre auf fast 8 Milliarden Mark belaufen. Das bedeutete den Zusammenbruch der Finanzen und des Staates, und wir würden bald vor dem Ruin stehen. Deshalb ist ein Ausweg aus der Not notwendig, der in einem wertvollen Abbau der Lebensmittelpreise gefunden werden muß. Reich, Staat und Gemeinden haben sich entschlossen, einen Teil von 1 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen, damit die Lebensmittel der Bevölkerung in erheblich niedrigeren Preisen abgesetzt werden können. Es ist damit schon in dieser Sache begonnen worden, und man hat die am 1. Juli 1919 wesentliche 27. Juli Erhöhung.

Mit diesem Vorgehen hat man unsere Forderungen einer Zeit befristet, der ein Gehör der Verhältnisse überaus lang. Nun auch über endlich auch die Vermittlung wieder die Oberhand gewonnen. Es darf nicht weiter so gehen, daß große Arbeiter der Eisenbahnen sich von einer Sonderklasse auslösen, die nur ihr politisches Ziel verfolgen wollen, fernab von den Interessen der Arbeiter. Wir können nicht zulassen, daß die Arbeit, die nur am liebsten leben. Die Arbeit, die nur am liebsten leben. Die Arbeit, die nur am liebsten leben. Die Arbeit, die nur am liebsten leben.

hat in dieser Beziehung eine so große Verantwortung zu tragen wie die Eisenbahner. Mit Recht kann die Eisenbahnverwaltung das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich der Notwendigkeiten, die ihr durch das Wohl der Gesamtheit auferlegt werden, auch in den schwierigsten Zeiten des Krieges bemüht gezeigt hat. Deshalb haben wir die Hoffnung, daß sie auch jetzt im Geiste ihrer Verantwortlichkeit endlich sich darauf besinnt, was sie sich und ihren Volksgenossen schuldig ist.

Umtlicher Teil.

Begräbnisliste
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D.D.),
Sitzung über eingetragene Beiträge im Monat
Juni 1919.

Handwerker: Böhm Nr. 224, R. 304. **Ge-**
schäftsbereiter: Berlin 3008, R. 308, R. 309 etc.
C. 117, 118, S. 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine aus der Liste ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die fehlenden Beiträge bezahlen:

Schubmacher und Arbeiter:
Birkenau Nr. 4177, 4178, 4200, 4201, Halle a. E. Nr. 3084.

Berlin, den 4. Juli 1919.

B. Müller, R. Klein,
Vorsteher, Hauptkassierer.

Verleihen.
J. N. in Augsburg. Der Verbandstag und anderer Verleihen, die nachstehend mit Einbezug auf die in dem Artikel enthaltenen Punkte. Auch die erheblichen Änderungen liegen sich aus demselben Grunde nicht vermeiden.

An mehrere Angehörige: Die Frage der geistlichen Beerdigung der Arbeiterinnenberufung ist bereits in Nr. 66. 68. Jahrgang 1918 des „Gewerksverein“ eingehend behandelt worden.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Siegen i. Westf. Kreisverband. B. Jiegler, Vorsteher, Sandt. M. B. Stahl, Schriftführer, Gensdorf. H. König. S. J. Kopp. Kassierer, Reichelshöhleweg 6.

Anzeigen-Teil.

Rassenabichlung der Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine für das II. Vierteljahr 1919.

Einnahme	K		Ausgabe	K		J	
	1	2		1	2		
An Vortrag	11235	52	Der Begräbnisgeld	2001	06		
Beiträgen	2476	12	Verbindlichkeiten:				
Zinsen	1908	41	Vertrauensmänner	125	66		
			Vorstand u. Aufsichtsrat	23	—		
			Geschäftsführung	90	—		
			Schreibarbeit	75	—		
			Prot.-Gebühren	2	—		
			Borte	38	62		
			Rollenbestand	18264	11		
						16620	06

Gesamtvermögen	Reinwert		Anschaffwert		Rückwert	
	K	J	K	J	K	J
3 1/2 % Deutsche Reichs-Anleihe	68500	—	58978	45	48101	50
5 % Deutsche Reichs-Anleihe	19600	—	19196	90	19196	90
3 1/2 % Berliner Stadt-Anleihe	24400	—	24243	85	21350	—
4 1/2 % Charlottenburger Stadt-Anleihe	19600	—	19471	95	19000	—
4 % Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	3957	50	3886	—
4 % Meining. Doppelten-Wandbriefe	18000	—	17580	50	17088	50
1. Hypothek zu 4 1/2 %	7000	—	7000	—	7000	—
Ressourcen	13284	11	13284	11	13284	11
	189104	11	188648	26	148817	01

Berlin, den 30. Juni 1919. Mitgliederzahl: 2364. R. Klein, Hauptkassierer.
Berlin, den 4. Juli 1919. Geprüft und richtig befunden. Der Aufsichtsrat: B. Müllig, K. Krüger, Hermann Scharrf.

Sterbetafel.

Im II. Quartal 1919 sind nachstehende Mitglieder der Begräbnisliste des Verbandes gestorben:

Mitgliedsnummer	Name der Verstorbenen	Name der Verwaltungsstelle	Begräbnisgeb.
689	Mösch	Baubandwerker	140
84	Vembe	Raler	107
1688	Schwab	"	105
1922	Kramer	"	140
2536	Schwarzbauer	"	120
744	Böhm	Borgellanarbeiter	140
1304	Teigt	"	140
1725	Krummholz	Gesam. u. Besatz	105
2227	Gorell	"	120
3238	Sigler	"	120
5070	Beile	"	509
6654	Rogt	Textilarbeiter	100
5725	Holler	Expier	Reinendorfer 66/68
6357	Groffe	Kreisverband	Jegnis 1001

Ca. Mart 2001/68
Rudolf Klein, Hauptkassierer.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Gewerksvereine (Jahrgang-Preuss)
NO. 55, Greifwalderstraße 221-22
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Geschäftsbüro: Kurt Heppner, Nr. 4708.